

In der falschen Partei

Bei der Wochenendlektüre der Online-Zeitungen fallen drei Beiträge aus unterschiedlichen Gründen auf. Beginnen wir mit einem Kommentar von **Gilbert Schomaker** in der Berliner Morgenpost. Wie seine Kollegin von der BZ, **Hildburg Bruns**, berichtet er über Flecki und Brauni. Das sind nicht nur zwei Zwergkaninchen, sondern auch Wahlkampf helfer von **Franziska Giffey**, die in Rudow für das Abgeordnetenhaus kandidieren möchte. Tiere machen sich immer gut. So mancher Dackel musste schon für den Wahlkampf herhalten. Giffey fühlt sich wohl in Rudower Kleintierzüchterkreisen und auf dem Bauernhof.

In ihrem Bewerbungsschreiben an die „Lieben Genossinnen und Genossen“ in Rudow ist nach Angaben der Morgenpost ein Foto zu sehen, das Giffey neben einem älteren Herrn, der ein Fahrrad schiebt, zeigt. „Das ist Hannes Kujawa. Er führte lange Zeit ein Sportgeschäft in Rudow.“, schreibt Schomaker, der Herrn Kujawa anrief. Frage: „Wissen Sie, dass Sie in einem SPD-Werbebrief von Frau Giffey abgebildet sind?“ Antwort: „Nein.“ Frage: „Unterstützen Sie denn die SPD?“ Antwort: „Ich bin religiös erzogen worden. Die SPD wähle ich nicht. Aber Adenauer und von Weizsäcker – die kannte ich persönlich.“ Frage: „Und Frau Giffey?“ Antwort: „Die kenne ich auch. Die ist auch nett. Nur in der falschen Partei.“

Verwaltungsreform

Kein anderes Wort habe ich in meiner 45-jährigen Tätigkeit im öffentlichen Dienst so oft gehört wie Verwaltungsreform. Und immer wieder ging es um das Verhältnis zwischen Senat und den Bezirken. Die Kompetenzen wurden hin und her geschoben. Die Versuche, eine Einheitlichkeit der Ämter in den Bezirken herzustellen scheint gelungen zu sein, jedoch sind die Zuschnitte der Abteilungen der jeweiligen Stadträte sehr unterschiedlich.

Nun haben sich drei Politiker zusammengetan, um einen neuen Anlauf in Sachen Verwaltungsreform auf den Weg zu bringen, berichtet Der Tagesspiegel. **Monika Herrmann** (Grüne) Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, **Sören Benn** (Linke), Bezirksbürgermeister von Pankow, und Staatssekretär **Frank Nägele** (SPD). Seit April 2018 ist Nägele zuständig für die Verwaltungs- und Infrastrukturmodernisierung mit bislang überschaubarem Erfolg.

Gefordert wird eine „grundlegende Überarbeitung der Berliner Verfassung“, um „Behördenblockaden und Zuständigkeits-Pingpong zu beenden.“ Helfen soll dabei u.a., dass die Verwaltungsbereiche der Bezirke berlinweit vereinheitlicht werden. Eine wirklich

tolle neue Idee. „Ferner sollen die direkt gewählten Bezirksbürgermeister ihnen (den Stadträten) gegenüber weisungsbefugt sein und damit mehr Durchgriffsbefugnisse in die Ressorts bekommen.“ Auch darüber wird schon lange erfolglos debattiert. Die Zahl der Bezirksamtsmitglieder wird 2021 von fünf auf sechs erhöht, nachdem frühere Reformen die Anzahl von sieben auf sechs und fünf reduzierten.

Der Regierende Bürgermeister soll „mehr kommunalpolitisches Gewicht“ bekommen, die Fachaufsicht der Senatsbehörden soll ebenfalls gestärkt werden. Die personal- und die digitalpolitische Steuerung durch die Senatskanzlei seien „Elemente für ein starkes Rotes Rathaus der Zukunft“. Aber auch die Bezirke müssten mit dem Rat der Bürgermeister „eine Art Vetorecht bekommen“, lesen wir im Tagesspiegel. Tatsache ist, dass sich etwas verändern muss. Eines der größten Probleme Berlins ist die zweigliedrige Verwaltung in Senat und Bezirke.

Vielleicht sollte man sich mal das Hamburger Modell anschauen, da gibt es keine Bezirksbürgermeister, sondern Bezirksamtsleiter, die von den Bezirksversammlungen gewählt werden. Schon seit 2007 sind die Bezirksamter einheitlich in vier Dezernate gegliedert. Für das Große und Ganze ist der Senat zuständig. Davon, dass sich in Berlin in absehbarer Zeit etwas zum Thema Verwaltungsreform ändern wird, ist allerdings nicht auszugehen.

„Der Kuhhandel ums Wahlrecht“

überschreibt **Christine Dankbar** ihren Kommentar in der Berliner Zeitung. Nachzulesen unter:

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/der-kuhhandel-ums-wahlrecht-li.106127>

„In diesem Text geht es um die Demokratie“ beschreibt Frau Dankbar die Wahlrechtsreform des Deutschen Bundestages, die dazu führen kann, dass „eine Stimme in München oder Stuttgart mehr wert sein kann als eine in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Schleswig-Holstein.“

Derzeit sitzen 709 Abgeordnete im Hohen Haus, nach der nächsten Wahl könnten sich die Zahl auf 800 hochschrauben, nur der Volkskongress in China hätte dann noch mehr Mitglieder. Warum es nicht voran geht, liegt offenbar an der Union, „Genauer gesagt: an der CSU. Die kleinste Fraktion legte sich so lange quer, bis sie ihren Willen bekam. Die geplante Neuregelung enthält viele komplizierte Details, aber es genügt, wenn man sich das merkt: Nichts davon wird der CSU schaden.“ „Um das zu erreichen, hatten die Bayern eine ganz ausgefuchste Strategie: Sie sagten einfach so lange zu jedem Kompromiss Nein, bis die anderen entnervt aufgaben.“ So funktioniert Politik. **Ed Koch**